Bürgermeister verfasst Appell

„Krisen treffen Kernen“, schreibt Paulowitsch - dabei hat sich an der Finanzlage jüngst nichts verändert / Brief soll wachrütteln

Von Lynn Nagy

KERNEN. Mittwochmorgen, kurz nach 9 Uhr. Mit einem „Pling“ vermeldet das Smartphone, das im Whatsapp-Kanal der Gemeinde Kernen, der immerhin 4638 Leser hat und ähnlich wie das Amtsblatt über Veranstaltungen, Änderungen in und um die Gemeinde und aktuelle Ortsnachrichten informiert, eine neue Meldung eingegangen ist. Nachdem sich die zurückliegenden Meldungen um das Dampfbad im Römerbad, die geplante Ganztagesbetreuung an Grundschulen und Waschbär-Sichtungen gedreht haben, macht die neuste doch ziemlich stutzig: „Krisen treffen Kernen - wir müssen handeln“, liest sich die Überschrift. Also am besten sofort Reisepass und Notfallrucksack schnappen und nichts wie raus aus dem Haus, weil ein Tsunami auf Kernen zurollt? - Nein, natürlich nicht, wird schon in den ersten Zeilen klar. Es ist nichts passiert, zumindest nichts wirklich Neues. Bürgermeister Benedikt Paulowitsch geht es lediglich darum, den Bürgern reinen Wein einzuschenken, was die finanzielle Lage im Land angeht.

Gemeindetag Baden-Württemberg schlägt ebenfalls Alarm

Der gleiche Brief an die Bürgerschaft - mit etwas weniger prominent gesetzter Überschrift - ist auch auf der ersten Seite des neuen Mitteilungsblatts zu finden, das ebenfalls immer mittwochs erscheint. Die digitale Version ist am Mittwochmorgen bereits auf der Seite der Gemeinde abrufbar, gedruckt wird das Amtsblatt im Laufe des Tages seinen Weg in die Briefkästen in Stetten und Rommelshausen finden. Neben dem Schreiben des Kernener Bürgermeisters ist der Text abgedruckt, der der Auslöser für die morgendliche Aufregung ist: Ein Brief des Gemeindetagspräsidenten Steffen Jäger „an die Bürgerinnen und Bürger in den Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg zum Tag der Deutschen Einheit 2025“. „Heute will ich mich auf ungewöhnliche Weise direkt an Sie wenden: nicht nur als Funktionsträger, sondern als Demokrat, als Bürger dieses Landes“, schreibt Steffen Jäger.

Im Folgenden beschreibt er aus seiner Sicht den aktuellen Ernst der aktuellen Lage: Krieg, geopolitische Verschiebungen und wirtschaftliche Schwäche gefährden den baden-württembergischen Wohlstand und die Stabilität im Land, die Finanzen der Städte und Kommunen geraten in Folge in Schieflage, Pflichtaufgaben seien kaum noch erfüllbar, Investitionen und Angebote von Kitas über Schulen bis Sport und Kultur seien bedroht. „Der Staat lebt über seine Verhältnisse - und das seit Jahren“, so der Gemeindetagspräsident. „Die Summe an staatlichen Leistungszusagen, Standards, Versprechen hat ein Maß erreicht, das mit den verfügbaren Ressourcen nicht mehr erfüllbar ist.“ Er wirft die Frage auf: „Was kann und muss der Staat leisten - und was kann er nicht mehr leisten, ohne sich selbst zu überfordern?“ Es brauche jetzt einen echten strukturellen Wandel: „93 Prozent der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Baden-Württemberg fordern eine konsequente Reform in diesem Sinne“ - eine Reform, die aber auch von der Gesellschaft mitgetragen werden müsse, „Wir müssen beitragen - nicht nur erwarten“. Demokratie sei nun mal kein Bestellshop - und das Grundgesetz sei nie als „Schönwetterordnung“ gedacht gewesen.

Dass Städte und Gemeinden den Gürtel enger schnallen müssen, ist nicht neu. Jede Gemeinde in der Region setzt sich damit aktuell auseinander, überlegt sich gut, welche Veranstaltungen noch finanziert, welche nötigen Sanierungen umgesetzt werden können - oder wo es fürs Erste vielleicht eine provisorische Reparatur tun muss. In Kernen hat die Haushaltsstrukturkommission ein erstes Sparpaket bereits auf den Weg gebracht, ein

Bürgermeister Benedikt Paulowitsch (Archivfoto). Foto: Sofiia Shahaievska

weiteres soll folgen. Das Ziel: Bis zu 1,5 Millionen Euro einsparen und damit das Finanzloch im Haushalt 2026, das in einer Größenordnung von circa 2,5 Millionen Euro erwartet wird, zumindest zu verkleinern.

Doch einfach nur Sparen werde nicht ausreichen, um die Lage zu retten, schreibt Benedikt Paulowitsch nun in seinem Brief an die Kernener Bürgerschaft: „Wir müssen verstehen: Wir leben in völlig anderen Zeiten als in den vergangenen Jahren. Vieles, was uns selbstverständlich erscheint, können wir uns nicht mehr leisten. Vieles, was sinnvoll und wünschenswert ist, wird dennoch nicht möglich sein. Das bedeutet ganz konkret: Wir alle müssen unsere Erwartungen an das, was die Gemeinde leisten kann und soll, grundlegend überdenken - und ja, auch senken.“ Das müsse dringend in den Köpfen aller ankommen, das sei eigentlich die größte Herausforderung dabei, sagt Paulowitsch auf Nachfrage unserer Redaktion. Und das rechtfertige auch die Überschrift des Beitrags im Whatsapp-Kanal: „Das muss man deutlich benennen - das ist übrigens auch das Versagen der großen Politik über die letzten Jahre und das über alle Parteien hinweg, dass man nicht reinen Wein einschenkt“, findet der Bürgermeister. Ohne Leistungseinschränkungen könne das nicht funktionieren, das müsse man sich einfach klarmachen: „Die Krise trifft nun wirklich alle, es wird spürbar.“

Wirtschaft: Stellenabbau bei Bosch und Co. trifft auch Kernen

„Es war dem Bürgermeister einfach ein Anliegen, im Amtsblatt möglichst viele zu erreichen und wachzurütteln“, so Kernen-Pressesprecher Sascha Baumann. „Die Lage ist herausfordernd, uns fehlen Millionen“. Bürgermeister, Kämmerer und stellvertretender Kämmerer erleben zurzeit unruhige Nächte, sagt Baumann. Somit sei das bei Weitem keine „Panikmache“, sondern solle den Menschen in Kernen schlicht ins Bewusstsein rufen, „dass die Lage wirklich prekär ist“ - überall, in allen Kommunen. Aber eben auch hier. So eine Lage habe es seit mindestens 20 Jahren nicht mehr gegeben. Und wenn Bosch, Stihl, Daimler, Kärcher und Co. Arbeitsplätze abbauen, dann sei das eben nicht nur eine „kleine Krise“ - sondern betreffe auch die Gemeinden, in denen die Menschen leben, die dadurch ihre wirtschaftliche Stabilität verlieren. Und viele von ihnen wohnen auch in Kernen.

Die sich immer weiter zuspitzende Lage werde man in den kommenden Jahren an vielen Stellen merken, schätzt der Pressesprecher, auch sichtbar in den Ortschaften. „Solange die Fahrbahn noch befahrbar ist, bleibt das Loch drin und wird ausgebessert“, nennt er als ein mögliches Beispiel. Einfach mal etwas neu machen, weil es so natürlich schöner wäre, sei nicht mehr drin. Dabei legt die Gemeinde Wert darauf zu betonen: Mit den Standardabsenkungen fängt die Verwaltung auch bei sich selbst im Rathaus an und steckt gerade bei der Ausstattung an einigen Stellen bereits zurück - immerhin 159.00 Euro will die Gemeinde laut dem ersten Sparpaket 2026 so im Bereich der Verwaltung einsparen.